

INFO

NR.1, Dez.77

der Sympatisanten der KPD
für die
ANTI-AKW-BEWEGUNG
in Niedersachsen

Jens Scheer zu aktuellen Fragen des Kampfs gegen das Atomprogramm



Das Bild zeigt Genossen Jens Scheer (rechts) neben Fritz Storim (BUU)

ROTE FAHNE: Wie beurteilst Du die gegenwärtige Taktik der Bundesregierung zur Durchsetzung ihres Atomprogramms, insbesondere die Behandlung der sogenannten Entsorgungsfrage?

Jens Scheer: Die Frage der Entsorgung spielt in der Tat zur Zeit eine Schlüsselrolle, daneben besonders die Propaganda gegenüber der Arbeiterklasse, daß Atomenergie angeblich Arbeitsplätze sichere, und natürlich weiterhin die Versuche, die Bewegung gegen Atomenergie einzuschüchtern und zu spalten.

Die sogenannte Entsorgung, also die Verarbeitung und Lagerung des Atomabfalls, war tatsächlich Gegenstand eines raffinierten Manövers der Bourgeoisie. Die plötzliche Krise in der Entsorgungsfrage 1974, als sich aufgrund der Unfälle in den französischen und englischen Anlagen die vorher vorhandene Überkapazität in einen Engpaß verwandelte, wurde zunächst verschwiegen. Es wurde versucht, in aller Heimlichkeit die Errichtung der eigenen Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) voranzutreiben. Daneben aber wurde, angesichts der rasch

anwachsenden Bewegung gegen die Atomenergie, die Entsorgungsfrage zum Anlaß genommen, einen frögerischen „Stopp“ in der Genehmigung von AKW einzuleiten. Die Bundesregierung erklärte, sie würde erst neue AKW genehmigen, wenn die Entsorgung gelöst sei. Dies wurde von vielen AKW-Gegnern als faktisches Ende des Atomprogramms verstanden, da die Frage eben nicht zu lösen ist. Manche ließen daher im Kampf nach, andere vertrauten jedenfalls auf eine längere „Denkpause“.

Aus dem Inhalt:

- O Zum SPD-Parteitag
- O Prozesse gegen AKW-Gegner
- O Zur "Gewerkschafts"-Demo für Kernkraftwerke
- O Zum Erscheinen des Infos

O JENS SCHEER zu aktuellen Fragen des Kampfes gegen das Atomprogramm (aus RF Nr.47)

In Wahrheit dachte die Bundesregierung natürlich niemals an eine nennenswerte Unterbrechung; es kam ihr nur darauf an, die Bewegung zu verwirren. So erklärte sie im Sommer dieses Jahres, daß sie die Entsorgungsfrage als „gelöst“ ansehe, wenn die „Reaktorsicherheitskommission“ eine positive Stellungnahme abgeben würde. Diese liegt nunmehr seit einigen Wochen vor, genau seit dem 20. Oktober; und wie verlautet, sieht die Regierung seit diesem Tag die Voraussetzung für die Genehmigung neuer AKWs erfüllt.

Ich hatte von der Reaktorsicherheitskommission (RSK) natürlich erwartet, daß sie sich positiv zu dem sog. Sicherheitsbericht zur WAA in Gorleben äußern würde. Ein derartig schlampiges Gefälligkeitsgutachten hat allerdings meine Erwartungen übertroffen. Darin treten neben zahllosen ungelösten Problemen der Umweltverseuchung im Normalbetrieb und den unermesslichen Unfallgefahren immer wieder Wendungen auf wie „hält die RSK für lösbar“, „sieht die RSK als realisierbar an“. Selbst die Tatsache, daß die Untersuchungen über das Verhalten des Salzes gegenüber heißen Abfällen über Jahrzehnte hinweg durchgeführt werden müssen, sieht sie nicht als Problem an; falls die vorgesehene Einlagerung nicht klappen sollte, könne man ja lange genug (Jahrhunderte! [J. S.]) oberirdisch lagern und ständig kühlen, heißt es.

In diesem Zusammenhang ist auch das Verhalten der Albrecht-Regierung zu den Bürgerinitiativen in der Frage des Sicherheitsberichtes von Bedeutung: Zunächst hatte Albrecht verbindlich zugesagt, daß sie ein Exemplar erhalten würden (12 Bände). Darauf stellten wir von Bremen aus ein Team von Wissenschaftlern der verschiedensten Fachrichtungen zusammen, um diesen Bericht genau zu prüfen. Ergebnis: Der Bericht wurde nicht nur nicht herausgerückt, sondern während der wenigen Wochen, die er in Hannover zur Einsicht auslag, durfte er weder fotokopiert, ja die wachhabenden Beamten, die die interessierten Bürger wie bei Terroristenprozessen kontrollierten, verhinderten sogar, daß „längere Abschnitte“ gemacht wurden! So große Angst hat die Bourgeoisie vor einer wissenschaftlichen Durchleuchtung der Grundlage ihrer angeblich gelösten Entsorgung.

ROTE FAHNE: In dem Urteil zum AKW-Brokdorf klangen aber doch etwas andere Töne an?

Jens Scheer: Ja, das Oberverwaltungsgericht Lüneburg verlangte „Fortschritte in der Entsorgungsfrage“, bevor es die Bauunterbrechung in Brokdorf beenden lassen will. Diese sind allerdings in wenigen Monaten zu erfüllen. Es sollen nämlich nur geologische Untersuchungen in Gorleben „eingeleitet worden sein“, und es soll ein „prüfungsfähiger Antrag“ für ein Zwischenlager vorliegen. Die geologischen Untersuchungen brauchen aber, wie man hört, nicht einmal Bohrungen zu sein, sondern es genügen einige erdbebenkundliche Echomessungen, um diese Auflage zu erfüllen. Und der Antrag auf ein Zwischenlager braucht nur auf dem Papier zu stehen; das einzig neue dabei ist, daß ein Ort für das Zwischenlager festgelegt ist. Hierfür hat die entsprechende Firma bereits sechs Orte vorgeschlagen.

Diese angeblich harmlosen Anlagen führen natürlich auch zur Verseuchung der Umwelt, da das Wasser, in dem die radioaktiven Brennstoffe lagern, verseucht wird, radioaktive Gase entweichen usw. Bei Ausfall der Kühlung dieses Wassers ist zudem mit einem ähnlich schweren Unfall wie in der WAA selbst zu rechnen, mit möglicherweise Millionen Todesopfern.

Durch eine Lücke im Gesetz kann eine solche Anlage auch noch ohne langwieriges Genehmigungsverfahren eingerichtet werden. Also eine besonders heimtückische Idee, den öffentlichen Widerstand erstens zu unterlaufen und zweitens die Öffentlichkeit nach einigen Jahren zu erpressen, jetzt müsse endlich die WAA mit der sog. „sicheren“ Endlagerung her! All das heißt, daß sich der konkrete Widerstand wieder mehr nach Gorleben und die geplanten Zwischenlagerstandorte verlagern muß, wobei die AKW-Standorte natürlich nicht vernachlässigt werden dürfen.

ROTE FAHNE: Welche Aufgaben ergeben sich Deiner Meinung nach daraus für den Kampf gegen das Atomprogramm?

Jens Scheer: Es kommt darauf an, die entsprechenden Regionen konkret zum Feindesland für die AKW-Befürworter zu machen, daß sie sich dort nicht sehen lassen können, daß alle Versuche, dort zu bauen, auf den entschlossenen Widerstand der ganzen ansässigen Bevölkerung stoßen. Dabei kommen den Bürgerinitiativen aus entfernteren Gegenden wichtige Unterstützungsaufgaben zu. So haben sich in unserer Region eine Reihe von Partnerschaften zwischen Stadtteilgruppen aus Bremen und BIs aus Dörfern und Kleinstädten um das Atomkraftwerk an der Unterweser gebildet. Auch zur großen Demonstration von Kalkar wurde ja nicht zuletzt von der NRW-Landeskonferenz aufgerufen, um die örtliche Bewegung zu stärken und dazu beizutragen, dort am Niederrhein Feindesland für die Betreiber des „Schnellen Brütters“ zu schaffen.

Daneben steht weiterhin in besonderem Maße an, die Arbeiterklasse in den Städten zu gewinnen. Die Bourgeoisie hat natürlich genau erkannt, daß dies die entscheidende Kraft sein wird, die eines Tages das mörderische Atomprogramm hinwegfegen wird. Deshalb ihre Propagandaoffensive gegenüber der Arbeiterklasse, deshalb die kolossale Lüge, daß Atomenergie Arbeitsplätze sichere. Viele BIs haben dies als eine Hauptaufgabe bestimmt. Wenn es gelingt, auch diese Lüge zu zerfetzen (Schließlich ist das das genaue Gegenteil wahr und das AKW-Wyhl wurde zur Zeit des Arbeitskräftemangels ausdrücklich genehmigt mit der Begründung, der Atomstrom solle Arbeitsplätze einsparen helfen.), dann wird die Bewegung einen großen Schritt nach vorn machen. Der Kampf gegen die Kriminalisierung von AKW-Gegnern, der mit der Demonstration in Hameln einen neuen Anlauf genommen hat, ist natürlich auch von entscheidender Bedeutung für die Bewegung, hier gilt mit neuem Sinn der Satz: „Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!“

ROTE FAHNE: Wie sieht es denn mit den Gerichts- und Berufsverbotsverfahren gegen Dich selbst aus?

Jens Scheer: In dem Sammelverfahren wegen Rädelsführerschaft in Brokdorf und Grohnde, das nach den Worten des Bremer Generalstaatsanwalts ein Mammutverfahren werden soll, wird weiter „Material“ gesammelt. Was bereits vorhanden ist, sind Berichte von Spitzeln aus Veranstaltungen, in denen ich die Platzbesetzungen als richtig bezeichnet habe; ferner Fotos, die mich in Brokdorf am Zaun zeigen sollen; das „Spiegel“-Interview und ähnliches.

In dem Verfahren wegen „Beleidigung der BRD“, weil ich die Aufklärung des Todes von Günther Routhier, der durch die Duisburger Polizei verursacht wurde, gefordert habe, sucht das Gericht nach weiterem „Beweisungsmaterial“.

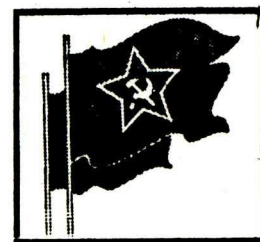
In dem sog. RCDS-Prozeß wurde kürzlich das Urteil der ersten Instanz bestätigt: 3

Monate Gefängnis mit Bewährung, weil ich anwesend war in einer Gruppe von ca. 50 Studenten, die 1973 vier RCDSler aus der Bremer Uni drängten, als sie ihre Organisation hier gründen wollten. In der Urteilsbegründung heißt es, uns sei zwar keine konkrete Tat nachzuweisen, aber aufgrund unseres politischen Bekanntheitsgrads sei davon auszugehen, daß wir Rädelsführer gewesen seien. (!) Bei mir komme noch hinzu, daß ich als Professor die Pflicht gehabt hätte, mäßigend auf die Studenten einzuwirken, um dem RCDS seine Veranstaltung zu ermöglichen.

Das ist die selbe Logik, die Horst Mahler für 15 Jahre ins Gefängnis brachte. Wegen seiner überragenden Intelligenz sei von seiner führenden Beteiligung an einem Bankraub auszugehen. Und der Hinweis auf meine besondere Verpflichtung entspricht genau dem Berufsverbotsurteil, das am 19. 10. gefällt wurde. Denn da heißt es, es sei die Pflicht des Beamten, nicht innerlich distanziert und neutral der FDGO gegenüber zu sein, sondern sich aktiv für ihre Verwirklichung einzusetzen. Das sei bei mir nicht gegeben. Beweis: Aktive Unterstützung der KPD. Bloße Mitgliedschaft und entsprechende Überzeugung sei dem Beamten erlaubt; alles darüber hinausgehende – schon das Verteilen eines Flugblattes, erst Recht natürlich die Bundestagskandidatur – sei verboten.

ROTE FAHNE: Welche Bedeutung hat die Solidaritätsbewegung gegen Dein Berufsverbot?

Jens Scheer: Gegen das RCDS-Urteil sind wir in die Revision gegangen. Auch gegen das Berufsverbotsurteil gehen wir natürlich in die Revision. Inzwischen führe ich meine Arbeiten in der Uni weiter wie bisher. Die breite Solidarität von sehr vielen Studenten, die sich zu Aktionseinheiten zusammengeschlossen haben, und auch die vieler Kollegen hat verhindert, daß etwa ein Hausverbot ausgesprochen wurde. Wie überhaupt die Breite der Solidarität, die sich ausdrückt in vielen Protestschreiben, Solidaritätsresolutionen, Einladungen zu Fachschaften und Bürgerinitiativen, sehr zu meiner Zuversicht beiträgt, daß die Forderung verwirklicht wird, die immer mehr Menschen erheben: Jens Scheer muß Hochschullehrer bleiben. Wichtig ist auch noch zu betonen, daß zwar der SPD-Senat und auch andere Institutionen wie die Kirche versuchen, auf Menschen Druck auszuüben, die sich mit mir solidarisierten. So wurden der Studienrat Brox und der Pastor Mechels in Bremen zu disziplinarischen Gesprächen geladen. Aber entgegen der erhofften Einschüchterung entwickelt sich so etwas wie eine Lawine der Solidarität; ich bin überzeugt, daß die weiteren Angriffe zurückgeschlagen werden.



Verantw.i.S.d., Pg.R. Dehmlow,
Göttingerstr. 58, KJVD-Büro
Hannover

Zum Erscheinen des INFOS

Mit der Herausgabe des INFOS verfolgen wir nicht das Ziel, zu den bestehenden Zeitungen wie die aaz, bzw. ATOMEXPRESS, eine von uns herausgegebene Zeitung hinzuzufügen. Wir sind im Gegenteil bereit in den bestehenden Zeitungen zu schreiben und sie zu verkaufen, wie das auch in unserer Mitarbeit in den Bürgerinitiativen der Fall ist.

Wir wollen mit der Herausgabe des INFOS erreichen, daß unser Standpunkt als Parteisympathisanten zu Aufgaben und Fragen innerhalb der Anti-AKW-Bewegung in Niedersachsen allen AKW-Gegnern zur Diskussion vorliegt, um somit zur Information, Erfahrungsaustausch und zur politischen Diskussion regional beizutragen.

Die KPD hat für den Kampf gegen das menschenfeindliche Atomprogramm in der Broschüre NEIN ZU DEN ATOMKRAFTWERKEN, Die Stellung der KPD zur Atomenergiepolitik in der BRD und DDR, in 10 Punkten Stellung genommen, von denen sich unsere Arbeit in diesem INFO leiten lassen wird.

Mit aller Kraft werden wir die Losung: "Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand Pflicht" unterstützen und für die Einheit der Anti-AKW-Bewegung für die nächsten Kampfaufgaben gegen den Bau der Wiederaufbereitungsanlage und gegen die Kriminalisierung kämpfen.

Der Kampf gegen das Atomprogramm der Bundesregierung ist vor allem ein politischer Kampf, den wir mit einem langen Atem führen müssen, indem am entschlossenen Widerstand und der Aktionseinheit von allen AKW-Gegnern, ob Unorganisierte, Christen, Sozialdemokraten oder Kommunisten, festgehalten werden muß.

Dabei wollen wir einen Beitrag dazu leisten, daß sich in den bestehenden Bürgerinitiativen Arbeiter und Werktätige organisieren und der Kampf gegen das Atomprogramm auch in den Betrieben und Gewerkschaften entwickelt wird.

Die Redaktion

Nachrichten zur:

ASSE

des Ak gegen Atomenergie, Braunschweig

Das wird für demnächst geplant...

- Ab 1977 Einlagerung von 100.000 Brennelementkugeln
 - 1977 soll auch der Ausbau einer Bahnstrecke zum Lager abgeschlossen sein (Kosten: 12 Millionen DM)
 - 1978 Betriebsbeginn einer künstlichen 10.000 m³-Kaverne für mittelaktive Abfälle als Vorläufer einer geplanten 100.000 m³-Kaverne
 - Anfang der 80iger Jahre Einlagerung hochradioaktiver Glasblöcke aus Wiederaufbereitungsanlagen. Die Ausbaurbeiten für dieses Projekt haben bereits begonnen, ohne daß die Bevölkerung bisher informiert wurde.
- ... das müssen wir demnächst verhindern!

(Aus: Flugblatt des Ak gegen Atomenergie)

WIEDERAUFBEREITUNG UND ATOMMÜLL

BÜRGERINITIATIVE LINDEN
GEGEN ATOMANLAGEN
INFORMIERT



DATUM:
FREITAG 16.12.
BEGINN:
19⁰⁰UHR
ORT:



FREIZEITHEIM LINDEN, WINDHEIMSTRASSE
VERANSTALTUNGSPUNKT:
1. FILM
2. REFERATE ÜBER ATOMMÜLL UND
WIEDERAUFBEREITUNGSANLAGEN
3. EIN MITGLIED DER BÜNDNISSEN
BERICHTET ÜBER DEN STAND DER
KAMPFENDE BÜRGERINITIATIVEN
GARTOW - GÖRLEBEN

Kernenergie

DGB für Sicherheit und gegen Gefährdung von Arbeitsplätzen

Die Delegierten unseres 12. Gewerkschaftskongresses waren Mitte Oktober noch der Ansicht, das Problem der Entsorgung sei bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie nicht ausreichend gelöst. Sie beauftragten den DPG-Hauptvorstand deshalb, „sich in Verbindung mit dem DGB bei Bundesregierung und Bundesrat dafür einzusetzen, Bau und Betreiben von Atomkraftwerken so lange zu untersagen, bis das technische Problem der Entsorgung sowie der atomaren Verseuchung der Umwelt so gelöst ist, daß keine Gefahren für das Leben der jetzigen und späteren Generationen bestehen“ (siehe „Deutsche Post“ Nr. 20-21/1977, S. 16). Knapp vier Wochen später, am 8. November 1977, hat der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes in einer Stellungnahme zum „Bau von Kraftwerken“ eine optimistischere Einschätzung der Situation zum Ausdruck gebracht. Weil „das Entsorgungszentrum grundsätzlich sicherheitstechnisch realisierbar“ sei, könne es „nicht im Interesse der Arbeitnehmer liegen, einen längerfristigen generellen Baustopp für Kernkraftwerke aufrechtzuerhalten“, erklärte der DGB-Bundesvorstand und ging so über seine „Erklärung zur Energiepolitik“ vom 5. April dieses Jahres (siehe „Deutsche Post“ vom 20. April 1977) hinaus.

Die Stellungnahme des DGB-Bundesvorstandes vom 8. November hat folgenden Wortlaut: „Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat am 5. April 1977 in seiner umfassenden Stellungnahme ‚Kernenergie und Umweltschutz‘ festgestellt, daß die deutschen Gewerkschaften bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie davon ausgehen, daß die Sicherheit der unmittelbar betroffenen Arbeitnehmer und der Schutz der Bevölkerung beim Reaktorbau und Reaktorbetrieb sowie bei der Entsorgung gewährleistet werden können.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat überdies auf den Zusammenhang zwischen Wachstum, Vollbeschäftigung und Energiebedarf hingewiesen und betont, daß er der Erreichung des Vollbeschäftigungszieles absoluten Vorrang zumißt.

Die in dieser Stellungnahme aufgestellten Bedingungen für die friedliche Nutzung der Kernenergie sowohl im Reaktorbetrieb wie auch im Brennstoffkreislauf haben dazu geführt, daß die

Sicherheitsbestrebungen intensiviert wurden. Sowohl die Diskussion im politisch-parlamentarischen Raum als auch die inzwischen erstellten Gutachten belegen, daß die Interessen der unmittelbar betroffenen Arbeitnehmer und der Bevölkerung stärker als bisher in den Mittelpunkt gerückt wurden.

Das Ergebnis des Sicherheitsgutachtens der Strahlenschutzkommission und der Reaktorsicherheitskommission hat ergeben, daß das Entsorgungszentrum grundsätzlich sicherheitstechnisch realisierbar ist.

Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist nunmehr der Ansicht, daß die politisch Verantwortlichen schnellstmöglich die Baugenehmigung für das geplante Entsorgungszentrum erteilen sollten. Es muß weiterhin sichergestellt werden, daß das Wiederaufarbeitungs- und Entsorgungszentrum so schnell wie möglich fertiggestellt und in Betrieb genommen wird.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat schon bei der Anhörung zur Energiepolitik vor dem Wirtschaftsausschuß des Bundestages festgestellt: Jede weitere Verzögerung beim Bau von Kohlekraftwerken und ein anhaltender Bau- oder Genehmigungsstopp bei Kernkraftwerken hat in mehrfacher Hinsicht negative Effekte auf die Beschäftigten:

a) Es müssen unmittelbar Arbeitsplätze bei den am Bau beteiligten Unternehmen verlorengehen. In der Reaktorindustrie und bei deren Zulieferfirmen wären Entlassungen nicht zu umgehen.

b) Das erreichte technische und wissenschaftliche Niveau und die hochentwickelten Technologien in der Bundesrepublik im gesamten Energiebereich gilt es zu erhalten und weiter zu entwickeln. Jeder Rückschritt hätte hier unmittelbar unvermeidbare Auswirkungen auf die Beschäftigten im Energiebereich und auf die Beschäftigungslage insgesamt.

Ein Teil unserer Lebensqualität in der Zukunft wird davon abhängen, ob wir auch weiterhin international in Forschung, Entwicklung und Anwendung dieses erreichte Niveau sichern und ausbauen.

In dieser Situation kann es nicht im Interesse der Arbeitnehmer liegen, einen längerfristigen generellen Baustopp für Kernkraftwerke aufrechtzuerhalten. Der DGB-Bundesvorstand ist deshalb der Meinung, daß die Baugenehmigung für neue, jetzt in der Planung befindliche Kernkraftwerke in begründeten Fällen erteilt werden kann. Dabei ist der Energiebedarf ebenso zu berücksichtigen wie die Beschäftigungssituation und die Erhaltung des technologischen Standards der kerntechnischen Industrie. Die deutschen Gewerkschaften gehen davon aus, daß die Sicherheit der unmittelbar betroffenen Arbeitnehmer und der Schutz der Bevölkerung beim Reaktorbau und Reaktorbetrieb sowie bei der Entsorgung gewährleistet werden.

Für die energiepolitische Weichenstellung stellt der DGB-Bundesvorstand erneut fest: Der Einsatz einheimischer Steinkohle zur Deckung des Strombedarfs ist im Rahmen des Möglichen auszuweiten. Dazu ist es notwendig, daß

■ alte Kohlekraftwerke, die in den nächsten Jahren stillgelegt werden, durch neue Stromerzeugungskapazitäten auf Steinkohlenbasis ersetzt werden und

■ darüber hinaus zusätzliche Kohlekraftwerke gebaut werden.

Der DGB und seine Gewerkschaften fordern verstärkte Anstrengungen zur Energieeinsparung und zur Entwicklung neuer Technologien.

Der DGB-Bundesvorstand ist der Ansicht, daß nur so die beschäftigungspolitischen Interessen der Arbeitnehmer und die sicherheitspolitischen Interessen der gesamten Bevölkerung vertreten werden können.



Vor mehr als 40 000 Teilnehmern bekräftigten in einer Kundgebung im Dortmunder Westfalen-Stadion führende Gewerkschaftsvertreter die grundsätzliche Haltung der Gewerkschaften zur Kernenergie: Schutz und Sicherheit für die Bevölkerung, Arbeitsplätze für Arbeitnehmer. Foto: J.H. Darchinger

Zur DGB-Kundgebung im Westfalenstadion in Dortmund

A u f r u f des Betriebsrates

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Es geht um unsere Arbeitsplätze heute und für die Zukunft.

Wir fordern sichere Arbeitsplätze sowie den Erhalt und den weiteren Ausbau unseres Lebensstandards.

Deshalb brauchen wir eine gesicherte Energieversorgung für die Zukunft.

Am 12. Oktober hatten sich 1000 Betriebsräte aus der Energiewirtschaft zu diesem Thema zu einem Energiekongress in Dortmund zusammengefunden und zur Unterstreichung unserer Forderungen eine Großkundgebung beschlossen.

Diese Großkundgebung unter dem Motto:
GESICHETERTE ENERGIEVERSORGUNG FÜR DIE ZUKUNFT

findet am

Donnerstag, dem 10. November 1977, um 14.00 Uhr

im Dortmunder Westfalenstadion

statt.

Der Vorsitzende des DGB H.O. Vetter und die Vorsitzenden der IG-Bau, Steine, Erden; IG-Bergbau und Energie; IG-Chemie; IG-Metall und ÖTV werden dazu Stellung nehmen.

Der Betriebsrat, der DGB und die DAG rufen alle Arbeitnehmer auf, für die Erhaltung unserer Arbeitsplätze einzustehen und an der Kundgebung teilzunehmen. Aufgerufen sind auch die Arbeitnehmer der Firmen AEG, BEWAG, BORSIG und SIEMENS.

Der Betriebsrat hat einen Sonderzug bestellt, der auf dem Bahnhof Charlottenburg bereit steht. Die Abfahrt erfolgt am 10.11.77 um ca. 6.30 Uhr. Die genaue Abfahrtszeit wird noch bekanntgegeben. Die Rückfahrt erfolgt um 16.30 Uhr. Voraussichtliche Ankunft in Berlin ca. 22.00 Uhr.

Fahrtkosten für den Teilnehmer entstehen nicht. Auf der Rückfahrt wird ein Lunch-Paket ausgegeben.

Kollegen, die an dieser Veranstaltung teilnehmen wollen, tragen sich bitte auf anhängender Liste ein.

Der Betriebsrat

40 000 Gewerkschafter für zügigen Kernkraftausbau

Helmut! Auch Du
benützt den Trockenrasierer

OHNE KERNE ENERGIE
ICHER ZURÜCK INS MITTELALTER

SPD-Linke warnt DGB:
Nicht an Kernenergie binden
Führung enthält 170 Namen von
SPD-Politikern und Anhängern
Demonstration für
Kernenergie

ze (vor allem von Wissenschaftlern und hochqualifizierten Facharbeitern) auch nur annähernd der Zahl dieser entsprechenden in der Umwelt der AKWs durch radioaktive Verseuchung und Zerstörung des biologischen Gleichgewichts vernichtet werden (z. B. die Arbeitsplätze von Bauern und Obstzüchtern)? Dazu kommt, daß die Besetzung der Reparatur- und Reinigungskolonnen in den AKWs dauernd wechselt, weil die entsprechenden Arbeiter extremen Strahlungsbelastungen ausgesetzt sind.

Faßt man zusammen, so bleibt nichts übrig von der „Sicherung der Arbeitsplätze“ durch die Gewerkschaftsführer, so bleibt ausschließlich die Propaganda für die extrem gefährlichen AKWs.

Mit welchen Tricks zudem Energiemonopole, Gewerkschaftsführer und Betriebsratsbonzen versuchten, Arbeiter und Werktätige nach Dortmund zu mobilisieren, zeigt das Beispiel KWU: Hier bezahlten die Kapitalisten die Fahrtkosten, der Lohn lief voll weiter, jeder Teilnehmer erhielt 20 DM auf die Hand (insgesamt etwa 100 000 DM), dazu kostenlos ein Lunchpaket. Der Betriebsrat rief zur Teilnahme auf; wer nicht mitwollte, wurde massiv unter Druck gesetzt, dem wurde mit Verlust des Arbeitsplatzes gedroht. Ob 'den KWU-Kapitalisten in der nächsten Lohnrunde das Geld auch so locker sitzt? Wohl kaum!

Die Propaganda des KWU-Betriebsrats für die DGB-Aktion am vergangenen Donnerstag

Am vergangenen Donnerstag fand im Dortmunder Westfalenstadion eine Kundgebung statt, die vom VEW-Gesamtbetriebsrat organisiert und von der DGB-Führung und den Spitzen von fünf Einzelgewerkschaften getragen wurde. Etwa 25 000 Menschen hatten sich versammelt, darunter viele Gewerkschaftsfunktionäre, freigestellte Betriebsräte, aber auch viele Beschäftigte bspw. des KWU-Konzerns. Redner waren: Pfeiffer von der DGB-Spitze, dazu Loderer, Kluncker, Schmidt, Sperner, Hauenschild u. a.

Glaubt man den Veranstaltern und den Berichten der großen bürgerlichen Zeitungen, so hatten sich in Dortmund 25 000 aktive Befürworter vor allem von Atomkraftwerken versammelt. Bei genauerem Hinsehen stellt sich aber heraus, daß dies nicht der Wirklichkeit entspricht. Abgesehen von den meisten anwesenden Gewerkschaftsfunktionären und Arbeitervertretern aus den Betriebsräten der Energiemonopole ging es den versammelten Arbeitern und Werktätigen, darunter auch Bergleuten, um das berechnete Interesse der Sicherung ihrer Arbeitsplätze. Dies besonders in einer Situation anhaltender Arbeitslosigkeit und forciertter Rationalisierungen in allen Bereichen der Industrie.

Die Drahtzieher der Kundgebung, die Loderer & Co., beabsichtigten etwas ganz anderes. Ihnen ging es um die Nutzung des berechtigten Anliegen der Arbeiter und Werktätigen für die Propagierung des mörderischen Atomprogramms der Schmidt-Regierung. Sie vertuschten dies vor allem mit dem Gerede von der „Sicherung der Arbeitsplätze“ durch die Verbindung von Kern- und Kohleenergie.

Sehen wir uns an, was es damit auf sich hat. Vorweg steht die Frage: Kann man z. B. von jemandem wie Schmidt (IGBE), der führend daran beteiligt war, daß im Ruhrkohlebergbau Hunderttausende von Bergleuten auf die Straße geworfen wurden, die „Sicherung von Arbeitsplätzen“ erwarten? Kann man dies von Loderer erhoffen, der als stellvertretender Vorsitzender im VW-Aufsichtsrat für Massenentlassungen stimmte? Sicher nicht!

Wenn Arbeitsplätze durch Kohlekraftwerke „gesichert“ werden sollen, warum laufen diese dann überall nur mit halber Kraft, werden trotz vorhandener Genehmigungen geplante Kohlekraftwerke nicht gebaut? Wollen uns die Veranstalter der Kundgebung einreden, daß die durch Atomkraftwerke geschaffenen Arbeitsplätze

Die Arbeiter und Werktätigen, die in Dortmund anwesend waren, sind für die Sicherung ihrer Arbeitsplätze, für die Nutzung einheimischer Energievorräte (d. h. für den Bau umweltfreundlicher Kohlekraftwerke) und gegen die radioaktive Verseuchung ihres Lebensraums und die Gefährdung von Hunderttausenden durch die mörderischen AKWs. Und wer kann es vielen von ihnen verdenken, wenn sie lieber umsonst nach Dortmund fahren und damit für einen halben oder ganzen Tag nicht der Hetze und Schinderei an ihrer Arbeitsstelle ausgesetzt sind?!!!

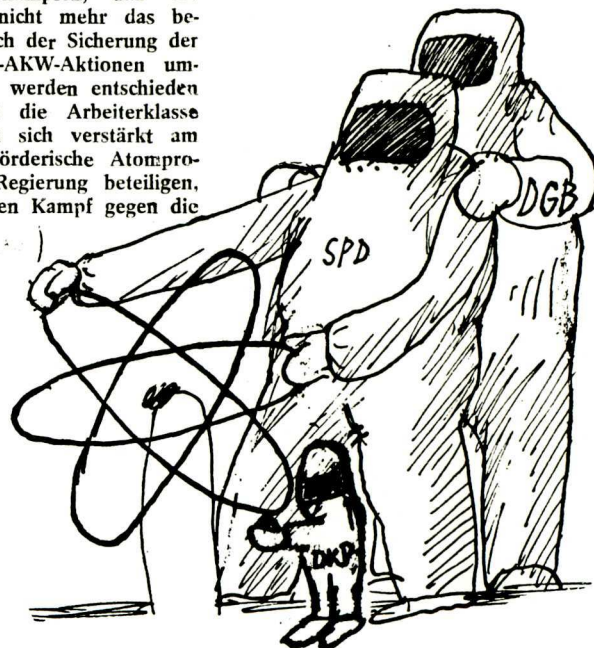
Wenn die bürgerliche Presse behauptet, die DGB-Führung habe jetzt eine Umorientierung ihrer AKW-Politik vorgenommen, so stimmt dies nur dahingehend, daß die Gewerkschaftsführer schon immer für den Bau der mörderischen AKWs Propaganda machten, dies aber bisher hinter Phrasen über die erforderliche „Sicherheit“ der AKWs zu vertuschen suchten.

Die „Umorientierung“ der Gewerkschaftsführer ist Bestandteil dessen, daß die Energiemonopole zusammen mit der Schmidt-Regierung eine forcierte Durchsetzung des Atomprogramms in Gang setzen wollen. Das Bonner Kabinett beriet in der letzten Woche darüber, wie gewisse „Investitionshemmnisse“ beseitigt werden können, sprich, wie der Bau von AKWs reibungslos durchgesetzt werden kann. Schmidt pochte auf seine „Richtlinienkompetenz“ als Kanzler und darauf, daß Parteitage keine für ihn bindenden Beschlüsse fassen könnten. Dies vor allem in Hinblick auf den anstehenden SPD-Partei-tag, dessen Pro-AKW-Beschluß

anscheinend noch nicht ganz gesichert ist. Sein Koalitionspartner Genscher dagegen hat dies in seiner Partei bereits durchgesetzt.

Unsere Partei, die KPD, wird auch in Zukunft an der Seite der entschiedenen AKW-Gegner in unserem Land stehen. Sie wird durch solidarische Überzeugungsarbeit unter den Arbeitern und Werktätigen dafür kämpfen, daß die Gewerkschaftsführer nicht mehr das berechnete Interesse nach der Sicherung der Arbeitsplätze in Pro-AKW-Aktionen ummünzen können. Wir werden entschieden dafür eintreten, daß die Arbeiterklasse und die Werktätigen sich verstärkt am Kampf gegen das mörderische Atomprogramm der Schmidt-Regierung beteiligen, daß sie selbständig den Kampf gegen die

Auswirkungen der Arbeitslosigkeit führen. Dies schließt den entschiedenen Kampf gegen diejenigen ein, die vorgeben, hier für sichere AKWs zu sein und gleichzeitig das System in der DDR propagieren, wo die Sicherheitsvorkehrungen der AKWs noch katastrophaler sind als bei uns: Die DKP-Führer. Sie stehen im Kampf gegen AKWs und gegen Millionenarbeitslosigkeit auf der anderen Seite!



„Neuer Kurs“

* MP - Albrecht, kriegt kalte Füße!

Albrecht: Bundesgrenzschutz muß Gorleben später sichern

HAB
4.12.77

„Probebohrungen nicht schon in den nächsten Monaten“

Der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht (CDU) hält für den Fall, daß die geplante Atommüll-Deponie Gorleben gebaut werden sollte, die Stationierung von Bundesgrenzschutz-Einheiten im Landkreis Lüchow-Dannenberg für erforderlich. Bei Gesprächen mit Bürgern aus der betroffenen Region betonte er zugleich, Probebohrungen seien mit Sicherheit nicht schon in den nächsten Monaten zu erwarten. (1.7.77)

Wenn sich nach der Niederbringung der Schächte unüberwindliche Schwierigkeiten ergeben sollten oder die Tritium-Probleme nicht zu lösen seien, werde die Anlage in Gorleben nicht genehmigt.

Und wenn der Tag kommen sollte, an dem die eigentliche Auseinandersetzung um Gorleben beginne, dann halte er die Verlegung einer Bundesgrenzschutzeinheit nach Gorleben für erforderlich.

„Diese sachliche Diskussion zeigt, daß die Landesregierung gar keine bessere Standortwahl hätte treffen können als Gorleben.“

„Dies ist eine seriöse Bürgerinitiative, aber die Rangordnung muß eingehalten werden, erst kommen die gewählten, dann die selbsternannten Vertreter der Bevölkerung.“ Und an diese Ordnung hält sich der Regierungschef.

„Wenn sich herausstellt, daß sicher gebaut werden kann, bin ich dafür zu bauen“, sagte er.

* Ministerpräsident (MP)

Er äußerte die Erwartung, daß dann der Startschuß gegeben werde für eine Entwicklung, die der Jugend im Kreis Lüchow-Dannenberg wieder Zukunftschancen gebe.

Aber Albrecht macht auch klar, was auf die Gorlebener und Trebeler und Marleberner zukommt, wenn die Prüfung die Durchführbarkeit des Projekts erweisen sollte: Es werde keine Nacht-und-Nebel-Aktion bei den Bohrungen geben, verspricht er, die Sicherung des Geländes der Anlage sei jedoch etwas anderes. Grundstückseigentümer, die Nachteile hinzunehmen hätten, würden entschädigt. Dabei müsse es korrekter zugehen als bei den Manöverschäden, wo mancher seine zweite oder dritte Ernte heimfahre.

„Albrecht, Atomknecht“

Bonn hat keine Bedenken mehr

HAB

(...) In dem am Mittwoch vom Kabinett verabschiedeten Bericht über die Situation der nuklearen Entsorgung der Kernkraftwerke machte sie sich das Urteil der Reaktorsicherheits- und Strahlenschutzkommission zu eigen, daß das in Niedersachsen geplante nukleare Entsorgungszentrum aus Wiederaufarbeitungsanlage und unterirdischem Atommüllager „grundsätzlich sicherheitstechnisch realisierbar“ sei. Dieses positive Votum war die letzte von drei Bedingungen, die die Bundesregierung und die Ministerpräsidenten der Länder für eine Aufhebung des Neubastopps gestellt hatten.

Blick in die Zeit
Wie gesagt!

„Albrecht red' kein Blablabla, wir wollen hier keine WAA“.

„Wer uns entsorgen will, den werden wir stilllegen“

„Atommüll - Nein Danke“

Bundesregierung: Bedingungen für Kernkraftbau sind erfüllt



Über 300 AKW-Gegner verhinderten am 22. 11. in Hameln den Prozeßbeginn gegen Linda E..

Die Solidarität am 19. 11. und am 22. 11. mit den verfolgten AKW-Gegnern anlässlich der Eröffnung der Prozeßlawine, war ein erster Erfolg. Seit spätestens der Strafbefehl-Aktion von Brokdorf, mit der die Anti-AKW-Dorfbewohner per Polizeiaktion "verurteilt" wurden, die unrechtmäßige polizeiliche Räumung des Dorfes zu bezahlen, ist klar: Polizei- und Staatsapparat setzen zur umfangreichen Hatz auf die AKW-Gegner an:

- Die Strafbefehl-Aktion in Brokdorf ist Auftakt in gleicher oder ähnlicher Weise gegen die Bewohner des Anti-AKW-Dorfes Grohnde vorzugehen und darüberhinaus auch gegen Teilnehmer an der Demonstration vom 19. 3. in Grohnde.
- Voraussichtlich am 10. 1. sollen die Prozesse gegen die Grohnde-Demonstranten beginnen. Die Anklagen lauten auf Landfriedensbruch, Körperverletzung und Widerstand gegen die Staatsgewalt. Die Prozesse finden vor der Großen Strafkammer des Landgerichts statt, was bedeutet, daß die Klassenjustiz auf hohe Strafen abzielt.
- Jens Scheer soll vor Gericht gestellt werden, weil er "als führendes Mitglied der Anti-AKW-Bewegung mehrfach öffentlich zur gewaltsamen Besetzung des Bauplatzes in Brokdorf am 19. 2. aufgerufen hat." (aus der Anklageschrift) Nach § 125 StGB hat Jens Scheer damit zum "Landfriedensbruch in besonders schwerer Form" aufgerufen. Wegen der zu erwartenden Höhe der Strafe (1-10 Jahre) wird sich das Erweiterte Schöffengericht der Sache annehmen.

Mit diesen Prozessen verfolgen Staatsapparat und Klassenjustiz weitere Angriffe auf die noch wenigen demokratischen Rechte, die uns verblieben sind. Im Flugblatt zu den Aktivitäten in Hameln am 19. und 22. 11. schrieb der Rote Fahne-Freundeskreis Hannover zur Brokdorfer Strafbefehl-Aktion: "In welche Richtung diese Maßnahme geht, womit die Wahrnehmung eines grundlegenden demokratischen Rechtes, die Demonstrationsfreiheit, beschnitten wird, wird deutlich, wenn wir uns vor Augen führen, daß hiermit die Möglichkeit geschaffen ist, streikende Arbeiter für den entstandenen Produktionsausfall haftbar zu machen. Und

wenn wir uns in Erinnerung rufen, daß unter dem Hitlerfaschismus die Häftlinge (ob Kommunisten, Sozialisten oder Juden) ihren Abtransport durch die Gestapo ins Gefängnis oder KZ selbst bezahlen mußten (bzw. ihre nächsten Verwandten)."

Nicht die Demonstration von Grohnde am 19. 3., die Besetzung des Kühlturmgebietes und die Errichtung des Anti-AKW-Dorfes auf diesem Gelände ist unrechtmäßig, sondern Unrecht ist der Polizeieinsatz gegen die Demonstranten am 19. 3. und die gewaltsame Räumung des Anti-AKW-Dorfes. Nicht die Demonstranten haben die Polizeieinsätze zu verantworten, sondern der Staatsapparat und die AKW-Kapitalisten, die mit allen Mitteln, gewalttätig durch den Polizeiapparat und oder durch den Einsatz ihrer "legalen" Gewaltmaschinerie, des Staats- und Justizapparates, das Atomprogramm durchsetzen wollen. Der Familienrichter des Amtsgerichtes Bielefeld, H. Ostermeyer, stellt zum Widerstand gegen den Bau von AKWs fest:

"Die Widerstandsrechte berechtigen, wenn sie erforderlich sind, auch zur Gewaltanwendung. Dies ist ihr eigentlicher Kern. Sie heißen Mittel gut, die sonst verboten sind. Für ohnehin erlaubte Mittel - Demonstrationen und passiven Widerstand - braucht es keine Rechtfertigung. Die Widerstandsrechte gelten auch gegen die Staatsgewalt: Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte ist nur strafbar, wenn diese ihr Amt rechtmäßig ausüben, sie tun es nicht, wenn sie rechtswidrige Eingriffe absichern."

(Zitat n. Rote Fahne, Nr. 49, S. 4)

Diese Haltung Ostermeyers, die die in den Paragraphen zum Schein des Allgemeinwohls enthaltenen Phrasen ernst nimmt und festhält an dem Recht auf Widerstand, am Recht des Widerstands des Einzelnen gegen die staatliche Willkür, stößt bei der Bourgeoisie selbstverständlich auf heftigste Ablehnung und wird entsprechend als "juristischfalsch und fundamental unhaltbar" deklariert und konsequent bestraft: Richter Ostermeyer wurde wegen dieser demokratischen Widerstandsauffassung fristlos aus seinem Dienstverhältnis an der juristischen Fakultät der Universität Bielefeld gekündigt.

Rechtmäßig ist nach dem Willen und Denken der Bourgeoisie, was Gesetz ist. Wie kann es auch anders sein, denn um ihre Interessen durchzusetzen, ihre Praxis zum "Recht" erklären zu können, macht sie die Gesetze. So lehnte z. B. ein Gericht den Antrag eines Rechtsanwaltes ab, ein Verfahren wegen Verstoß gegen den §88a abzustzen, weil dieser verfassungswidrig sei. Die Begründung des Gerichtes war: die Rechtmäßigkeit des Paragraphen 88a ist durch sein Inkrafttreten unter Beweis gestellt !!!

Gegen diese Praxis der Bourgeoisie, die von ihr geschaffene Legalität als "Recht" hinzustellen, hat die Anti-AKW-Bewegung die Forderung entwickelt "Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!" An dieser Forderung muß festgehalten und der Widerstand organisiert werden.

Mit den Prozessen soll unter Strafe gestellt werden, was zum Wesen der Bewegung gehört. Die Erkenntnis, daß man sich nicht auf Gerichte und Gesetze und schon gar nicht auf das Parlament oder die Regierung verlassen darf, sondern nur auf die eigene Kraft.

"Wenn das Gesetz sein soll, was unser Leben und unsere Existenz gefährdet, dann müssen wir diese Gesetze brechen." Das war die Position der Bürgerinitiativen in Whyl und sie erreichten, daß niemand verfolgt und kriminalisiert werden konnte.

"Bereits die Forderung, den Bauplatz wieder zur Wiese zu machen, setzt Gewalttätigkeit gegen Menschen und Sachen voraus." heißt es in der Anklage gegen Jens Scheer. Daß die Tatsache, daß die Wiese nicht mehr Wiese ist, sondern zu einem Ort wurde, von dem aus unser Leben und unsere Existenz bedroht wird und dies nur geschehen konnte durch den Einsatz und die Inkaufnahme von Gewalt, setzen die Urheber als "Recht" voraus - es ist ihr "Recht". Und gegen dieses "Recht" setzen wir unsere Kraft und Solidarität. Whyl ist Vorbild für die AKW-Bewegung, seit Whyl ist die Bauplatzbesetzung als gerechte und notwendige Widerstandsaktion in der Anti-AKW-Bewegung anerkannt und Beispiel und dieses Vorbild gilt auch im Kampf gegen die Kriminalisierung.

Mit den Angriffen des Staatsapparates auf die willkürlich aufgegriffenen Demonstranten in Grohnde, mit der Anklage gegen Jens Scheer soll die Anti-AKW-Bewegung weiter kriminalisiert werden und vor allem sind diese Angriffe direkt verbunden mit den insgesamt sich verschärfenden Maßnahmen gegen die gesamte demokratische Bewegung.

Die AKW-Gegner stehen mit an der Spitze des Angriffes auf die demokratischen Rechte. Dies wurde nicht zuletzt deutlich am 24. 9. bei den Übergriffen auf die Demonstranten gegen den Schnellen Brüter.

Deshalb ist es richtig und notwendig, daß der Kampf der AKW-Gegner an der demokratischen Front sich eng verbindet mit den Anstrengungen eine breite Bewegung zu schaffen gegen die faschistische Gefahr und eine Aktionseinheit von Demokraten, Antifaschisten, Sozialisten und Kommunisten zu schließen.

An den verschiedenen Orten in unserer Region, in Hannover, Braunschweig, Göttingen, Wolfsburg werden gegewärtig Verhandlungen für örtliche Aktionseinheiten gegen den Abbau demokratischer Rechte und für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes durchgeführt. Die AKW-Initiativen und Arbeitskreise müssen zum aktiven Bestandteil dieser Verhandlungen und einer zu schließenden Aktionseinheit zur Durchführung praktischer Aktivitäten werden. Der nächste Schritt dieser Verhandlungen und der Aktionseinheiten ist die Durchführung von örtlichen Veranstaltungen. Gerade angesichts der Tatsache, daß schon viele AKW-Gegner durch die Verbotsdrohungen gegen den KBW, KPD, KPD/ML und KB erkannt haben, daß ein unmittelbarer Zusammenhang besteht zwischen dem drohenden Verbot dieser Organisationen und den Angriffen auf die Anti-AKW-Bewegung und den umfassenden Abbau demokratischer Rechte und sich deshalb, trotz politischer Differenzen an der Demonstration am 8. 10. in Bonn beteiligten, ist es richtig und notwendig, diese Schritte weiterzugehen, und die Auseinandersetzung weiter zu entfalten und nächste praktische Schritte hin zur Aktionseinheit zu tun.

Termine der Aktionseinheitsverhandlungen:

Hannover:

Braunschweig:

Göttingen:

Wolfsburg:

15. 12. 77, 19. 00 Uhr
Hotel Germania
Geismar Landstr.

jeden Dienstag 19. 00 Uhr
Jugendzentrum
Porschestra.

Im gemeinsamen Kampf gegen die Kriminalisierungsversuche gegen die AKW-Gegner ist es zum einen notwendig, die praktische Solidarität zu verbreitern, einzelne Bürgerinitiativen haben hier schon gute Schritte entfaltet und der Erfolg der bisherigen Solidaritätsveranstaltungen spricht auch für sich, zum anderen müssen diese Schritte ebenfalls verbunden sein mit der Verbreiterung der Kampffront gegen das Atomprogramm. Der Kampf an der demokratischen Front ist nicht identisch mit dem Kampf gegen das Atomprogramm, sondern wesentlicher Bestandteil. Wir müssen die Angriffe auf unseren Kampf, die Versuche, unseren gerechten Widerstand zu kriminalisieren nutzen, noch mehr Kräfte für unseren entschiedenen Widerstand gegen das Atomprogramm zu gewinnen. Die Initiativen, Häusersammlungen durchzuführen und regelmäßige Basare zu veranstalten mit den Spenden aus den Häusersammlungen, sind ein guter Schritt. Denn damit wird zum einen materielle Solidarität erreicht, zum anderen werden durch die persönliche Überzeugungsarbeit an der Haustür, auf der Straße unsere Positionen des Widerstandes verbreitert, mehr Menschen für die praktische Unterstützung der Angeklagten und für den Kampf gewonnen.

Zur Verbreiterung der Solidaritätsfront müssen wir vor Beginn der Prozesse jede Gelegenheit nutzen, um unter Kollegen, Gewerkschaftern u. ä. Resolutionen gegen die Kriminalisierungsversuche und gegen das Atomprogramm zu verabschieden. Der Arbeit unter Kollegen, in Betrieben und Gewerkschaft muß von uns gerade auch deshalb mehr Beachtung geschenkt werden, um den Versuchen der Spaltung von Seiten der Gewerkschaftsführung und AKW-Betreibern etwas entgegenzusetzen. Für die Verbreiterung der Anti-AKW-Front insgesamt kommt der Einbeziehung von Kollegen aus den Betrieben und Gewerkschaftern besondere Bedeutung zu.

Die Verhinderung des Prozesses gegen Linda E. war ein Auftakt. Den Prozessen in Hannover wird noch größerer Widerstand folgen, denn:

WO RECHT ZU UNRECHT WIRD, WIRD WIDERSTAND ZUR PFLICHT !

Grohnde Prozesstermine, Gr. Strafkammer Hannover

Sonderplenum des EA-Hannover zu den Prozessen
20.12.77, Raschplatz-pavillon, am Hbf.

Schüler-Lehrer-Verabredung zu Demonstrationen in Grohnde?

Remmers läßt prüfen / Polizei-Kritik an Hamelner Urteil

Eigener Bericht

p.s. Hannover/Hamel

Der niedersächsische Kultusminister Werner Remmers (CDU) läßt gegenwärtig von Hannover aus prüfen, ob es an einzelnen Schulen Absprachen zwischen Lehrern und Schülern gegeben hat, gemeinsam an Demonstrationen gegen den Bau des Kernkraftwerks Grohnde an der Weser bei Hameln teilzunehmen. Grund für das Vorgehen von Remmers ist eine Entscheidung des Jugendschöffengerichts Hameln, die am Montag von der niedersächsischen Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund scharf kritisiert worden ist.

Das Gericht hatte es - wie ausführlich berichtet - abgelehnt, das Hauptverfahren gegen einen 17jährigen Schüler der IGS Langenhagen zu eröffnen, der nach der blutigen Demonstration vom 19. März, an der er zusammen mit Lehrern und Schulkameraden teilgenommen hatte, vor der Polizei festgenommen worden war, weil er einen 2,50 Meter langen kräftigen Stock und in den Taschen seines Regenzeugs Steine mit sich führte. Das Gericht hatte seine rechtskräftig gewordene Entscheidung damit begründet, daß der Jugendliche den Stock möglicherweise nur als Wander- oder Zeigstab habe benutzt, nicht aber

gegen Menschen habe einsetzen wollen. Auch die Steine habe er vermutlich nicht gegen Menschen, sondern nur gegen Polizeifahrzeuge werfen wollen.

In einem Schreiben an Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) äußerte sich die Polizeigewerkschaft empört über die Gerichtsentscheidung, die die Polizeibeamten letztlich demoralisiere. Es sei der Auftrag der Beamten, Leben und Gesundheit einzusetzen, um die staatliche Ordnung zu schützen. Andererseits würde gegen die bei Demonstrationen militant ausgerüsteten Personen noch nicht einmal die Hauptverhandlung vor Gericht zugelassen.

Die Polizeigewerkschaft fragte Albrecht, ob der Strafanspruch des Staates bei Demonstrationsdelikten aufgegeben worden sei. Anders lasse es sich nicht erklären, daß der Gerichtsbeschuß ohne jegliches Tätigwerden der Staatsanwaltschaft rechtskräftig geworden sei. Die Polizeigewerkschaft bat Albrecht ferner um Auskunft, inwieweit die betreffende Schule - die IGS Langenhagen - ihrer Erziehungsaufgabe und Aufsichtsfunktion gerecht geworden sei. In einigen Schulen solle sogar der Unterricht ausgefallen sein, um eine Teilnahme an der Demonstration zu ermöglichen.

Auf Beschluß des OLG in Celle werden alle jetzt anlaufenden Prozesse vor der Gr. Strafkammer verhandelt, da es sich um politische Delikte handelt.

1. Prozess an 3 Tagen am: 12., 16. u. 19.1.78
2. Prozess am: 23.1.
3. Prozess am: 30.1.

Ebenfalls läuft ein Verfahren gegen Pastor Bretzke der am 19.3. zur Schienenbesetzung aufgerufen hatte.

Gegen INTERNATIONALISMUS-Buchladen fand am 14.12. wegen Polizeifunkveröffentlichung in der Grohnde-Broschüre ein Prozess statt.



SPD-Parteitag

„...erledigt durch Antrag 699“

Ob Kriminalisierung, Einsatzkosten-Rechnungen oder Bürgerkriegsmanöver – kein Mittel, das die Bourgeoisie nicht zur Durchsetzung ihres Atomprogramms benutzt. Denn die Zeit drängt: Ständig steigt die Zahl derer, die sich nicht mehr von Industrie und Regierung täuschen lassen, die Widerstand leisten. Was tun also die Atom-Industrie und ihre Handlanger? Sie gehen in die Offensive. Die FDP verkündet auf dem Kieler Parteitag bedingungslose Zustimmung zum Bau weiterer Atomkraftwerke, und der DGB nutzt skrupellos die Angst der Kollegen um ihren Arbeitsplatz, um in Dortmund ein Pro-AKW-Spektakel abzuspielen. Nun richten sich alle Blicke auf den SPD-Parteitag. Wie wird die SPD ihren Beitrag leisten? Nach der langen Geschichte des Arbeiterverrats dieser Partei nicht anders zu erwarten – mit großem Können: Zum Auftakt großes Donnergeroll gegen die Atomkraftwerke. Besorgte Mahner und „radikale“ Kritiker vom linken Parteiflügel tönen im Rundfunk in Interviews und Presseberichten.

Vorzeige-AKW-Gegner von Freimut Duve bis Reinhard Ueberhorst versichern, daß „Überlebensfragen nicht kompromittierbar“ seien. Und so blickt die Parteibasis erwartungsvoll auf den „tragfähigen Kompromiß“, der den Parteitage delegierten vorgelegt werden soll. Und richtig – im telefonbuchstarken Verzeichnis der Anträge findet man den „Antrag des Parteivorstandes zur Energiepolitik“ mit der Nummer 699.

Und hier funkelt und leuchtet über 5 Seiten hinweg alles, was den AKW-Gegnern gut und richtig scheint – die bisherigen Energieprognosen werden in Frage gestellt und neue Untersuchungen gefordert, die „Notwendigkeit der Entwicklung alternativer Energiegewinnung“ betont, die „gründliche Klärung der Gesamtgefährlichkeit kerntechnischer Anlagen“ gefordert, Transportprobleme angesprochen, Sicherheitsrisiken bei militärischen Auseinandersetzungen erkannt usw. usf. Das Ganze ist natürlich verbrämt mit allgemeinen Floskeln, „Gespräch mit dem engagierten Bürger“, „Chancengleichheit und soziale Sicherheit“ und anderen schönen Sachen.

Wer sich bis hier noch nicht in den Zustand der Verückung gelesen hat, für den hält man weitere Bonbons bereit: Die intensive Nutzung der heimischen Kohle etwa, und damit die „Sicherung der Arbeitsplätze und dauerhafte Vollbeschäftigung“, oder die Entwicklung „umweltfreundlicher Kohletechniken“.

Nun, wem fällt es dann noch auf, daß irgendwo auf der 5. Seite steht: „Bekannte Vorhaben sind zu Ende zu führen“ oder „mit dem Bau weiterer AKWs darf erst begonnen werden, wenn eine erste Teilgenehmigung für ein Entsorgungswerk erteilt ist“. Nicht der Rede wert. Und wen stört es schon, daß mit „umweltfreundlichen Kohletechniken“ die Kohlevergasung im Hochtemperaturreaktor gemeint ist. Denn schon rollt eine weitere Woge von „Zugeständnissen“ und Floskeln auf den Leser zu.

Und nun folgt im Antragsverzeichnis die entschlossene Demonstration innerparteilicher Demokratie – der Abdruck der Anträge zur Energie-Debatte 700 bis 841. Und neben jedem dieser Anträge als Entscheidungshilfe für den geplagten Delegierten die „Empfehlung der Antragskommission: Erledigt durch Antrag 699“. So z. B. Antrag 703, Schleswig-Holstein: Genehmigungs-, Bau- und Inbetriebnahmestopp – erledigt durch Antrag 699.

Nr. 713, Altona: Bau und Betriebsstopp – erledigt durch Antrag 699.

Nr. 720, Rhein-Hessen: Sofortiger, unbefristeter Baustopp – erledigt...

Nr. 721: Internationale Abmachung über einen Baustopp;

Nr. 756: Baustopp; 757 und 758, Baustopp; und, und, und –

über 185 Seiten, alles erledigt durch Antrag 699!

Damit war auch für die Parteitage-Debatte das Strickmuster festgelegt – auf ein, zwei radikale Kritiker, folgte ein Befürworter des Antrags 699, dann wieder ein, zwei Gegner, das ganze durchsetzt mit Geschäftsordnungstricks und geschickt platzierten Anträgen auf Nichtbefassung.

Das Ergebnis – eine Abstimmung, natürlich für den Antrag 699 und damit für die konsequente Weiterführung des Atomprogramms der SPD/FDP-Regierung. Es war vollbracht!

LIEDER GEGEN ATOMKRAFTWERKE

WHYL d
Atomkraft
GEGEN
PEIN DREIEN

Nein danke

30.000 M

Texte und Noten

SCHALLPLATTEN NEUE WEST FILME

18,-DM davon 1DM für EA BUU HH

PROLETARIAT ALLE LÄNDER, UMBEDRÜCKTE VÖLKER UND NATIONEN, VEREINIGT EUCH!

ROTE FAHNE

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)

Ich bestelle die ROTE FAHNE – kommunistische Wochenzeitung für

<input type="checkbox"/> 1 Jahr. Abonnement	DM 36,40	<input type="checkbox"/> Förderabonnement	DM 60,-
<input type="checkbox"/> 1/2 Jahr. Abonnement	DM 18,20	<input type="checkbox"/> Förderabonnement	DM 30,-

Abholabonnement (ab 1. 1. 1977): 1 Jahr 33,- DM

1 Jahr Auslandsabonnement 44,20 DM

Abonnementsbeginn

(Bitte Vorausrechnung abwarten, Lieferungsbeginn nach Eingang Ihrer Zahlung)

Name Beruf

Anschrift Unterschrift

Bestellungen an Verlag Rote Fahne, 5 Köln, Kamekestr. 19, Tel. (02 21) 52 69 59

PEKING

RUNDSCHAU

45
8. November

北
京
周
報

**Die Theorie des Vorsitzenden Mao
über die Dreiteilung der Welt –
Ein bedeutender Beitrag zum
Marxismus-Leninismus**

— Von der Redaktion der „Renmin Ribao“

Preis 1,40 DM

Mittwochs im Freizeitheim Linden 19:00

**ROTE FAHNE – Lesetreff, Diskussion
über die Politik der KPD**

**21.12., Diskussionsrunde zum Breschnew-
Besuch in der BRD. Breschnew ist der
Hitler von heute, Versperrt Breschnew
den Weg!**